



Der französische Journalist Christophe Gleizes sitzt seit beinahe zwei Jahren in Algerien in Haft. Nun hat der Mitarbeiter der Magazine *So Foot* und *Society* seinen Kassationsantrag gegen die siebenjährige Haftstrafe wegen angeblicher „Unterstützung des Terrorismus“ zurückgezogen. Juristisch bedeutet dieser Schritt die endgültige Anerkennung eines Urteils. Politisch könnte er jedoch den Weg zu einer präsidentialen Begnadigung durch den algerischen Staatschef Abdelmadjid Tebboune öffnen.

Die Entscheidung markiert eine bemerkenswerte Wendung in einem Fall, der sich längst zu einem Symbol der angespannten Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien entwickelt hat. Sie zeigt zugleich die Grenzen juristischer Verteidigung in politisch aufgeladenen Verfahren autoritär geprägter Systeme – und offenbart die zentrale Rolle des Präsidenten als letztinstanzlicher Machtfaktor im algerischen Staat.

Ein Journalist zwischen Sportreportage und Staatssicherheit

Christophe Gleizes war im Mai 2024 nach Algerien gereist, um über die Jeunesse Sportive de Kabylie (JSK) zu berichten, einen traditionsreichen Fußballclub aus der Kabylei. Die Region gilt seit Jahrzehnten als sensibles Terrain der algerischen Innenpolitik. Die Kabylei, mehrheitlich von Berbern bewohnt, war immer wieder Schauplatz autonomistischer und oppositioneller Bewegungen.

Im Zentrum der Anklage stehen Kontakte Gleizes' zu einem Vertreter des „Mouvement pour l'autodétermination de la Kabylie“ (MAK). Die algerischen Behörden werfen ihm vor, zwischen 2015 und 2017 mit einem Funktionär der Bewegung kommuniziert zu haben. Problematisch aus Sicht vieler Beobachter ist jedoch die zeitliche Abfolge: Erst 2021 wurde der MAK von Algerien offiziell als Terrororganisation eingestuft.

Juristisch stellt sich damit die Frage nach dem Rückwirkungsverbot strafrechtlicher Normen – einem Grundprinzip moderner Rechtsstaatlichkeit. Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche französische Medien argumentieren daher, dass die Verurteilung auf einer politisch motivierten Auslegung des Terrorismusbegriffs beruhe. Die Vorwürfe gegen Gleizes seien letztlich Teil einer umfassenderen Repressionsstrategie gegenüber kritischen Stimmen und der Kabylei-Frage.

Die Logik des Verzichts

Der Rückzug des Kassationsantrags erscheint auf den ersten Blick paradox. Ein Angeklagter verzichtet freiwillig auf die letzte juristische Möglichkeit, seine Verurteilung anzufechten.



Tatsächlich folgt dieser Schritt jedoch einer klaren politischen Kalkulation.

Nach algerischem Recht kann eine präsidentielle Begnadigung erst erfolgen, wenn ein Urteil rechtskräftig ist. Solange ein Verfahren vor dem Kassationsgericht anhängig bleibt, gilt die juristische Aufarbeitung als nicht abgeschlossen. Mit dem Verzicht beseitigt die Verteidigung daher bewusst das letzte formale Hindernis für eine Gnadenentscheidung.

Der Anwalt Emmanuel Daoud sprach von einem notwendigen „Kurswechsel“, um „alle Chancen auf eine Freilassung“ zu wahren. Dahinter steht die Einschätzung, dass die juristische Ebene in diesem Fall kaum noch Erfolg verspricht. Die Hoffnung richtet sich stattdessen auf eine politische Lösung.

Historisch betrachtet ist dieses Vorgehen keineswegs ungewöhnlich. In zahlreichen autoritären oder semi-autoritären Systemen dienen Begnadigungen als Instrument politischer Flexibilität. Der Staat wahrt formal die Autorität seiner Justiz, während die politische Führung zugleich internationale Spannungen entschärfen kann.

Die Kabylei als neuralgischer Punkt Algeriens

Um die Härte des Vorgehens gegen Gleizes zu verstehen, muss die Bedeutung der Kabylei für den algerischen Staat berücksichtigt werden. Seit der Unabhängigkeit 1962 verfolgt Algerien eine stark zentralisierte Staatsdoktrin. Regionalistische oder ethnisch definierte Bewegungen werden traditionell mit Misstrauen betrachtet.

Der MAK entwickelte sich ursprünglich als politische Bewegung für mehr Autonomie der Kabylei. Nach den Massenprotesten des Hirak ab 2019 verschärfte die Regierung jedoch ihren sicherheitspolitischen Kurs erheblich. 2021 wurde der MAK offiziell als Terrororganisation eingestuft. Seither nutzt der Staat Antiterrorgesetze zunehmend auch gegen Oppositionelle, Aktivisten und Journalisten.

Internationale Beobachter sehen darin eine bewusste Ausweitung des Terrorismusbegriffs zur politischen Kontrolle. Amnesty International und Reporter ohne Grenzen haben Algerien wiederholt vorgeworfen, Antiterrorgesetze zur Einschränkung der Pressefreiheit einzusetzen.

Der Fall Gleizes trifft deshalb einen empfindlichen Nerv. Für Algerien geht es nicht nur um einen ausländischen Journalisten, sondern um die Demonstration staatlicher Souveränität in einer politisch hochsensiblen Region.



Belastete Beziehungen zwischen Paris und Algier

Der Fall fällt zudem in eine Phase außergewöhnlich angespannter französisch-algerischer Beziehungen. Zwar verbindet beide Länder eine enge wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung, doch die politische Beziehung bleibt von historischen Traumata geprägt.

Besonders konfliktbeladen sind drei Themenfelder.

Erstens die Erinnerungspolitik rund um den Algerienkrieg. Trotz wiederholter Annäherungsversuche unter Emmanuel Macron bleibt die koloniale Vergangenheit ein permanenter Streitpunkt zwischen beiden Staaten.

Zweitens sorgt die Westsahara-Frage für erhebliche Spannungen. Frankreich hat sich zuletzt stärker Marokko angenähert, was in Algier als strategische Provokation wahrgenommen wird.

Drittens häufen sich Fälle inhaftierter französischer oder franco-algerischer Persönlichkeiten. Neben Christophe Gleizes sorgte insbesondere der Schriftsteller Boualem Sansal für internationale Aufmerksamkeit. Seine Festnahme verstärkte in Frankreich die Wahrnehmung einer zunehmenden Repression in Algerien.

In diesem Kontext erhält jeder einzelne Fall eine diplomatische Dimension. Die französische Regierung steht unter Druck, die Freilassung ihrer Staatsbürger zu erreichen, ohne zugleich eine offene Eskalation mit Algier zu provozieren.

Warum eine Begnadigung für Tebboune attraktiv sein könnte

Für Präsident Abdelmadjid Tebboune könnte eine Begnadigung mehrere Vorteile bieten. Innenpolitisch müsste er die Justiz nicht öffentlich korrigieren. Die Verurteilung bliebe formal bestehen, wodurch der Staat seine harte Linie gegenüber dem MAK aufrechterhalten könnte.

Außenpolitisch hingegen ließe sich ein Signal der Entspannung senden. Algerien bemüht sich seit Jahren um internationale Investitionen, energiepolitische Partnerschaften und diplomatische Stabilität – insbesondere seit Europa nach dem russischen Angriff auf die Ukraine verstärkt nach alternativen Gaslieferanten sucht.

Der Fall eines inhaftierten französischen Sportjournalisten beschädigt dieses Image erheblich. Die Mobilisierung von über 300 französischen Medien sowie internationaler Pressefreiheitsorganisationen hat den Druck auf Algier erhöht.



Eine präsidentielle Begnadigung würde daher einen gesichtswahrenden Ausweg eröffnen. Sie entspräche einem bekannten Muster algerischer Machtpolitik: Die Justiz wahrt formal ihre Autorität, während der Präsident sich als pragmatischer Schiedsrichter inszeniert.

Zwischen Rechtsstaat und politischer Realität

Der Fall Christophe Gleizes illustriert exemplarisch die Spannung zwischen juristischer Formalität und politischer Macht in Algerien. Der Rückzug des Kassationsantrags ist weniger Ausdruck von Resignation als vielmehr die Anerkennung einer politischen Realität: In sensiblen Verfahren entscheidet letztlich nicht allein das Rechtssystem, sondern die politische Opportunität.

Ob Tebboune die Gelegenheit zu einer Begnadigung tatsächlich nutzen wird, bleibt offen. Traditionell erfolgen solche Maßnahmen häufig anlässlich nationaler Feiertage oder diplomatisch bedeutender Momente. Beobachter spekulieren daher über mögliche Schritte in den kommenden Monaten.

Für Christophe Gleizes bedeutet der Verzicht auf den letzten Rechtsweg eine riskante Entscheidung: die definitive Anerkennung eines umstrittenen Urteils gegen die Hoffnung auf politische Gnade. Damit wird sein persönliches Schicksal endgültig Teil eines größeren Machtspiels zwischen Staatssicherheit, internationalem Druck und der fragilen Beziehung zwischen Frankreich und Algerien.

Autor: P. Tiko